

Alles nur Lüge!?

Seit Jahrzehnten versucht man den Bürger in der BRD einzureden, wie schlecht es der Wirtschaft geht. Schuld sind die hohen Lohnnebenkosten, die hohen Löhne, die niedrigen Wochenarbeitszeiten sowie auch zu kurze Lebensarbeitszeiten, zu wenige Facharbeiter, schlechte Ausbildung usw. usw. Es geht ja schon soweit, dass der Anschein erweckt wird, dass Erwerbslose ja nur faule Drückeberger sind und sich durch unser Sozialwesen pfuschen.

Der Wirtschaftsstandort BRD ist ja sooo schlecht !

Man hat uns das so lange eingebläut, bis es schon viele Bürger glauben und sie sich schon die Schuld geben und beginnen vor lauter schlechtem Gewissen an ihrer rechtmäßigen Existenz zu zweifeln. Dabei gibt es ein Merkmal, das uns beweist, dass es so nicht ist, denn:

die BRD ist zum wiederholten Male Exportweltmeister !

Und wir sollen also ein Staat sein der kurz vor dem wirtschaftlichen Zusammenbruch steht? Nachfolgend sollen einige Fakten aufgeführt werden, die das Gegenteil der uns stetig vorgekauften Floskeln beweisen und die Aussagen unserer Politiker und Wirtschaftsbosse Lügen strafen.

Wir bekommen immer zu hören “Es gibt nichts (mehr) zu verteilen“ oder „ Die Zeiten der Umverteilung sind vorbei”

Zunächst entbehren diese Aussagen jedes ökonomischen Sachverstandes – oder sie ist bewusst demagogisch, um die konkrete Verteilung und Umverteilung zu verschleiern und Lohndrückerei, Abbau von Arbeitnehmerrechten und Sozialabbau als naturgegeben notwendig zu rechtfertigen:

Was in der Volkswirtschaft erwirtschaftet wird, gemessen als Bruttoinlandsprodukt (2005 2 241 Mrd. €, 706 Mrd. € oder real 21% mehr als 1991) wird ständig auf der Grundlage der Eigentums- und Rechtsverhältnisse entsprechend der individuellen Leistung und der Kräfteverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit auf die Wirtschaftsakteure neu verteilt (Primär-, “Markt“- oder Bruttoverteilung) und anschließend durch den Staat über Steuern und Sozialtransfers umverteilt (Sekundär- oder Nettoverteilung). Das Bruttoinlandsprodukt (Abk.: BIP) ist ein Maß für die wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft. Diese Umverteilung erfolgt zur Finanzierung der Staatsaufgaben und Sozialtransfers und sollte entsprechend dem Sozialstaatsgebot des Grundgesetzes die Markteinkommen korrigieren, da diese nicht nur Leistungs-, sondern immer auch Macht abgeleitete Einkommen sind. Letzteres Umverteilungsziel wird jedoch durch die politische Praxis in den letzten Jahren in sein Gegenteil verkehrt (s .u. Netto- vs. Bruttoverteilung).

Außerdem erweisen sich diese Aussagen als faktisch falsch, sobald man die tatsächliche Verteilung und ihre Entwicklung betrachtet:

- ◆ 1991 – 2004: Löhne u. Gehälter: brutto +31.7% (je Beschäftigten +33,9%), netto +24.8% (je Beschäftigten +27.0%) - Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen: brutto +45.2%, netto +53.2%
- ◆ 1991-2005: Lohn- u. Gehaltssumme netto real: -5.7% (je Beschäftigten -3.6%), Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen: +30,3%
- ◆ 2001–2005: Volkseinkommen +159.9 Mrd. €; davon: Unternehmens- und Vermögenseinkommen +131.3 Mrd. € (82%), Arbeitnehmerentgelte +28,8 Mrd. € (18%). Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik sind 2005 die Bruttoarbeitnehmerentgelte sogar nominal um 5,6 Milliarden € gesunken, was bedeutet, dass die Unternehmens- und Vermögenseinkommen stärker zugenommen haben (+32 Mrd.) als das gesamte Volkseinkommen (+26 Mrd.).

- ◆ 1994 – 2005: Lohn- und Gehaltseinkommen: Spitzenverdiener +16% - Mittelgruppe +12% - Niedrigverdiener +2%
- ◆ Wachsender Lohnabstand zwischen Männern und Frauen (EURO-Stat): 1999 19% - 2004 23% (Durchschnitt EU25: 16% 1999 – 15% 2004)
- ◆ 1991 – 2005: Brutto-Lohnquote von 71,0 Prozent auf 67,0 Prozent, Netto-Lohnquote von 48,1 Prozent auf 40,9 Prozent gesunken. Das Absinken der Lohnquote beinhaltet sowohl das Zurückbleiben der Arbeitnehmereinkommen als auch die zunehmende Massenarbeitslosigkeit. (Die Lohnquote ist definiert als das Verhältnis von Einkommen aus unselbständiger Arbeit (Arbeitnehmerentgelt) zum Volkseinkommen und ist ein wichtiger Indikator für die funktionelle Einkommensverteilung, d. h. die Verteilung des Volkseinkommens auf die Produktionsfaktoren "Arbeit" und "Kapital".)

Was sagt uns das?

Es wurde und wird kräftig umverteilt, auch innerhalb der Lohn- und Gehaltseinkommen – und zwar “von unten nach oben” und zu Lasten der Frauen
Die staatliche Umverteilung hat dies noch verschärft (Brutto-Netto-Vergleich)

Das Ergebnis dieser Umverteilung von unten nach oben spiegelt sich konsequenter Weise in folgenden Fakten wider:

- ◆ Nettovermögen der privaten Haushalte: 1970-2003 von 0.7 auf 5 Billionen € (+ 614%); allein 1998-2003 +17%
- ◆ Verteilung des Gesamtvermögens: Die 10% Vermögendsten besitzen 44,7% (1993) bzw. 46.8% (2003), die unteren 50% 4.1% (1993) bzw. 3.8% (2003)
- ◆ Nettogeldvermögen 1991-2005: +126,1% von 1.19 Billionen € (1991) auf 2.69 Billionen € (2005 – das sind 120 % des BIP !); Zuwachs z. Z. rd. 150 Mrd. € pro Jahr, davon allein durch Zinsen 62.5 Mrd. € pro Jahr; die Sachvermögen stiegen bis 2005 auf 4.8 Billionen €
- ◆ Realer Anstieg 1991-2004: Private Vermögenseinkommen +43% - Operative Gewinne (Betriebsüberschuss bzw. Selbständigeneinkommen) +28% - Arbeitnehmerentgelte (incl. Arbeitgeberbeiträge) +10%
- ◆ Sparquoten 2003: bei Monatseinkommen von unter 900 € -13.0% (d.h. Nettoverschuldung!), von 1300 bis 1500 € 1.2% , von 2000 bis 2600 € 5.2% , von 3600 bis 5000 € 14.3% und von 5000 bis 18000 € 22,2%. (Mit Sparquote bezeichnet man in der Volkswirtschaftslehre den Anteil der Ersparnis am Einkommen)
- ◆ Armutsquote (d.h. Anteil der Personen in Haushalten mit weniger als 60% des durchschnittlichen Haushaltsnettoeinkommens) : 1998 12,1%, 2003 13.5% (2. Armuts- und Reichtumsbericht 2003) - 2000 10%, 2005 17,5% (Eurostat 2004).
- ◆ Frauen-Armutsquote 2003 16% gegenüber 10% bei den Männern; Ende 2004 waren 55% der Sozialhilfeempfänger weiblich

Was sagt uns das?

Immer weniger der gesamtwirtschaftlichen Ersparnis wird in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt - mit dem Ergebnis überproportional steigender Geldvermögen einerseits, zunehmender Arbeitslosigkeit und Armut - im besonderen Maße bei Frauen - andererseits.

Die Zeiten der Umverteilung sind vorbei? Fast ist man versucht zu sagen: Schön wär's!

Weitere markige Sprüche sind: **“Es ist kein Geld da”** - **“Die Steuern sind zu hoch”** – **“Die Staatsverschuldung ist zu hoch”**

Diese Parolen werden nicht von ungefähr fast immer zusammen und von den gleichen Protagonisten neoliberaler Ideologie verbreitet und setzen in raffinierter Weise an persönlich sympathischen und privat eingeübten Einstellungen wie Sparsamkeit, Bescheidenheit, Zukunftsvorsorge oder an Zukunftsängsten an. Sie zeigen das ganze Elend neoliberaler Argumentation:

Zu **“Es ist kein Geld da”**:

Das kann ja wohl nicht für die gesamte Volkswirtschaft gemeint sein (s. o.). Geld ist in Überfülle da, aber vor allem in den Händen der Geld- und Vermögensbesitzenden. Die Gesellschaft leistet sich mit der Massenarbeitslosigkeit z. Z. jährliche Kosten von rd. 80 Mrd. € (Transferleistungen und Steuer- u. Beitragsausfälle). Die gesamten Ausfälle durch die konjunkturelle Unterauslastung des Produktionspotentials werden auf jährlich 150 Mrd. € geschätzt.

Gemeint ist ausschließlich der Staat und abgewehrt werden sollen alle sozialstaatlichen “Ansprüche”, die in Zeiten wirtschaftlicher Stagnation natürlich ebenso steigen wie die Staatseinnahmen sinken. Nach den Dogmen der Angebots orientierten Wirtschaftslehre müssen zur Überwindung der Krise sowohl die Steuern (hauptsächlich für die Unternehmen – in der Annahme, die würden dann wieder mehr investieren) gesenkt, als auch die Staatsverschuldung (wegen deren angeblich Zins treibender Konkurrenz auf dem Kreditmarkt) reduziert werden. Dabei müssten allerdings die Unternehmen mitspielen und die Steuersenkungen auch in Investitionen umsetzen, was bei der wegen der Binnennachfrageschwäche geringen Gewinnerwartung höchst fraglich ist (steigende Nettogewinne lassen sich auch anders profitabel nutzen, z.B. als Finanzkapitalanlage).

Auf jeden Fall kann diese finanzpolitische Strategie natürlich nur funktionieren durch massives Zusammenstreichen der Staatsausgaben (der investiven ebenso wie insbesondere der sog. “konsumtiven”, d.h. vor allem der Sozial- Bildungs- und Umweltausgaben). Dadurch wird aber die bei sinkender Lohnquote, steigender Arbeitslosigkeit und Armut sowieso schon schwache Binnennachfrage nach Investitions- und Konsumgütern weiter reduziert, mit dem Ergebnis geringeren Wachstums und weiter sinkender Steuereinnahmen, wodurch am Ende auch die Staatsverschuldung nicht sinken kann sondern steigt (“Schuldenparadoxon”). Exakt dies ist in den letzten Jahren in der Bundesrepublik zu beobachten gewesen.

(Die jüngste konjunkturelle Entwicklung bestätigt nur diesen Zusammenhang: “Die Bundesregierung (hat) ihren Schrumpf- und Umbaukurs 2006 für ein Jahr unterbrochen ... Auf Steuererhöhungen für Unternehmen wird verzichtet. Und gegen erbitterte Kritik war eine Neuverschuldung deutlich über den Ausgaben für Investitionen geplant. Diese Politik gegen die »Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts« beginnt sich auszuzahlen.” (R. Hickel))

Die zunehmende Verschleuderung von Volksvermögen (Privatisierung/Verkauf von staatlichen Unternehmen und Vermögenswerten) konnte dieses Problem auch nicht nachhaltig lösen (Vermögen kann man nur einmal verkaufen!) und hat darüber hinaus die wirtschaftliche Handlungsfähigkeit des Staates weiter geschwächt.

- ◆ Staatsausgabenquote (ohne Sozialversicherung): 1991 28.2%, 2005 25.9% BIP. (Die Staatsausgabenquote ist eine wirtschaftswissenschaftliche Kennzahl. Sie soll den Anteil der staatlichen und staatlich bedingten wirtschaftlichen Aktivität an der wirtschaftlichen Gesamtleistung einer Volkswirtschaft aufzeigen)
- ◆ Investitionen des Bundes: 34.0 Mrd. (1996) – 28.1 Mrd. (2000) – 23.8 Mrd. (2005)
- ◆ Steuerquote von 24.2% 2000 auf 21.8% 2005; eine Steuerquote von 24 % hätte 2005 zusätzliche 45 Mrd. € Einnahmen bedeutet, die Kluft zwischen öffentlicher Armut und privatem Reichtum wächst. (Volkswirtschaftlich versteht man unter Steuerquote den Anteil der erhobenen Steuern im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt eines Landes)
- ◆ Steuereinnahmen: 353,4 Mrd. 1991 – 514.7 Mrd. 2000 – 501.7 Mrd. 2005

- ◆ Unternehmenssteuerreform 2001 ging mit einem beispiellosem Einbruch der Unternehmensinvestitionen einher: Gewinnsteuern 34 Mrd. (2000) – 25 Mrd. (2005) (= -26,5%), Gewinne 224 Mrd. (2000) – 337 Mrd. (2005) (=+50.4%); Investitionen 251 Mrd. (2000) – 227 Mrd. (2005) (= -9,6%); Zunahme der Selbstfinanzierung über die Bruttoanlageinvestitionen hinaus (bei den produzierenden Kapitalgesellschaften)

Zu **“Die Steuern sind zu hoch”** – für wen?

Die Steuersenkungspolitik hat zu einer Verstärkung der Umverteilung von unten nach oben geführt (s. o. Netto- zu Brutto-Lohnquote) und zu einem Verzicht von Staatseinnahmen zugunsten der Unternehmen und der Vermögensbesitzer:

- ◆ Massensteuern (Umsatz-/Mehrwertsteuer und Lohnsteuer): 1991 235.6, 2004 316.7 Mrd. (= +34.3%) – Gewinn- u. Vermögenssteuern: 1991 69.2 Mrd., 2004 67.3 Mrd. (= -2.7%)
- ◆ Massensteuern von 37.5% der Gesamtsteuerlast (1960) auf 76.5% (2004), Gewinnsteuern von 34.7% (1960) auf 15.1% (2004)
- ◆ Effektiver (d.h. bezahlter im Gegensatz zum nominellen) Steuersatz auf Unternehmens- und Vermögenseinkommen von 28% (2000) auf 18% (2004) zurückgefallen
- ◆ Verteilungswirkung der Einkommensteuer-Reformen 1998-2004: Entlastung (nominal) 6.4% - 6.1% - 12.3% - 20.8% - 22.1% bei zu versteuerndem Einkommen von 10 000€ - 50 000€ - 100 000€ - 500 000€ - 1 000 000€
- ◆ Regressive Wirkung der geplanten MWSt - Erhöhung um 3%: Belastungsquote bei den oberen 5% der Einkommen 0.78%, bei den unteren 5% 1.55%; Angestellte 0.40% - Arbeiter 0.51% - Beamte 1.06% - Rentner 1.25% - Arbeitslose 1.30%

Zu **“Die Staatsverschuldung ist zu hoch”**

Grundsätzlich sind Kreditaufnahmen des Staates im Wirtschaftskreislauf ein völlig normaler und notwendiger Vorgang. Der Ideologie getriebene Vergleich mit den Schulden eines Privathaushalts ist völlig unsinnig.

(Oder würde ein auch noch so neoliberaler Professor einem braven Familienvater raten, zur Vermeidung bzw. Reduzierung der Schulden sowohl die Ausgaben als auch die Einnahmen zu kürzen? Daran wird zweierlei deutlich: 1. Unfreiwillig, sozusagen hinter dem Rücken der neoliberalen Propaganda, wird dem Staat – im Unterschied zum privaten Einzelhaushalt – offensichtlich ein unmittelbarer Einfluss auf die Gesamtwirtschaft eingeräumt, was er aber 2. nach neoliberalen Dogma eigentlich möglichst wenig haben sollte. Der Vergleich entlarvt sich damit als nur auf Staatsausgabenkürzung zielendes “Argument”. (“Man kann nicht mehr ausgeben als man einnimmt” – also Einnahmen runter, dann kann man auch weniger ausgeben oder Ausgaben runter, dann braucht man auch weniger Einnahmen). Und spätestens hier wird der volkswirtschaftliche Unsinn des Vergleichs offenkundig: Während für einen Privathaushalt Sparen durchaus rational und sinnvoll sein kann, führt das Sparen aller Privathaushalte und des Staates über Gesamtnachfrageausfall zu gesamtwirtschaftlicher Stagnation und Krise – wie in Deutschland während der letzten mind. 20 Jahre demonstriert.)

Öffentliche Neuverschuldung dient der Rückführung von gesamtwirtschaftlicher Ersparnis in den Wirtschaftskreislauf und ist in Stagnations- und Krisenzeiten ein wichtiges Instrument der antizyklischen Finanzpolitik über die Finanzierung von öffentlichen Investitionen. Sie ist die einzige Möglichkeit, künftige Generationen entsprechend ihrer Vorteile durch öffentliche Investitionen an deren Finanzierung zu beteiligen. Vererbt werden nicht nur die Schulden, sondern auch die Vermögenstitel und die mit ihnen finanzierte Infrastruktur. In jeder Generation muss die Verteilung zwischen den Zinszahlungen aus Steuermitteln und den Zins beziehenden Gläubigern organisiert werden. Dass wir mit der heutigen Staatskreditaufnahme auf Kosten der kommenden Generationen leben ist ein völlig abwegiges Argument. Was nutzt es der Generation unserer Kinder und Enkel, wenn wir ihnen ein Gemeinwesen ohne Schulden (also auch ohne Guthaben), aber mit unzureichender oder zerstörter Infrastruktur und Umwelt hinterlassen?

Dennoch gibt es auch Probleme bei der Staatsverschuldung: neben der sozial ungerechten Verteilungswirkung (die Zinsen fließen ganz überwiegend in die Taschen der vermögenden Gläubiger, müssen aber über Steuern "von allen" - und das heißt im zunehmenden Lohnsteuerstaat von der breiten Masse der Bevölkerung aufgebracht werden) kann die zunehmende Zinsbelastung bis zur finanzpolitischen Handlungsunfähigkeit des Staates führen.

Ohne Frage ist die Staatsverschuldung der Bundesrepublik seit Beginn der 90er Jahre außerordentlich angestiegen und die Zinsbelastung der öffentlichen Haushalte hoch:

- ◆ Anstieg der Verschuldung der öffentlichen Haushalte 1991-2005: +142%, von 599 Mrd. € auf 1 448 Mrd. € oder 39.0 % auf 64.6% des Bruttoinlandsprodukt
- ◆ Zinsausgaben des Bundes: 39,1 Mrd. (2000) – 37,6 (2001) – 36,9 Mrd. (2003) – 37.4 Mrd. (2005)

Die Ursachen sind sinkende Staatseinnahmen und steigende Staatsausgaben als Folge von Stagnation und Krise mit steigender Massenarbeitslosigkeit und vor allem – in der veröffentlichten Meinung schon fast vergessen – die anhaltenden Kosten der deutschen Einheit.

Eine Reduzierung der Staatsschulden ist daher ohne Frage notwendig. Der falsche Weg dazu ist allerdings die Senkung der Staatsausgaben und der Steuern in einer Phase der wirtschaftlichen Stagnation oder eines beginnenden konjunkturellen Aufschwungs: Das Ergebnis wären nur – steigende Staatsschulden ("Schuldenparadoxon", s. o.). Aus der Krise kann man sich nicht herausparen, man kann nur herauswachsen.

Die beste Politik zur Senkung der Staatsverschuldung ist eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, in deren Mittelpunkt die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit steht.

Und nun die Oberlüge "Der Sozialstaat ist nicht mehr zu bezahlen"

Dieses "Argument" ist offenkundig falsch. Sagt es doch, dass die Gesellschaft angeblich die Leistungen des Sozialstaates nicht mehr bezahlen kann, obwohl ausgewiesener Maßen die Sozialleistungen im Verhältnis zum erwirtschafteten Bruttoinlandsprodukt, die Sozialleistungsquote (in % des Bruttoinlandsprodukts), seit 1975 praktisch unverändert bei 30.0 +/-1.2% liegt. (Die Sozialleistungsquote ist eine statistische Größe, mit der gemessen wird, welcher Anteil am Bruttoinlandsprodukt für soziale Zwecke verwendet wird. Sie ist unter anderen Faktoren ein wichtiges Maß für die Soziale Gerechtigkeit)

Wenn dennoch die Sozialsysteme (gesetzliche Rentenversicherung, gesetzliche Krankenversicherung, Pflegeversicherung) in finanzielle Probleme geraten sind, kann das ja nur bedeuten, dass sich immer weniger Wirtschaftssubjekte mit immer weniger Mitteln an der Finanzierung beteiligen. Dies ist eine Folge des Anstiegs der Arbeitslosigkeit und von nichtversicherungspflichtiger Beschäftigung, sowie der sinkenden Lohnquote. So betragen z.B. die konjunkturbedingten Einnahmeausfälle und Mehrausgaben 2003 bei der Rentenversicherung 8 Mrd. € und bei der Gesetzlichen Krankenversicherung 5,3 Mrd. €, das sind 3,4% bzw. 3,9% der jeweiligen Ausgaben.

Hinzu kommt die ökonomisch falsche Teilfinanzierung der deutschen Einheit über die Sozialsysteme und der daraus folgenden anhaltende Transferbedarf Ost.

Die Sozialsysteme haben also ein gravierendes akutes Einnahmeproblem, dem kurzfristig durch Leistungskürzungen und/oder Beitragserhöhungen begegnet wird.

Das o. a. "Argument" benutzt diese akute Finanzierungsproblematik der Sozialsysteme, um den Sozialstaat grundsätzlich seiner Legitimation zu berauben und Kostensenkungen für das Kapital über Sozialabbau ("Lohnnebenkosten" - Argument) durchzusetzen.

Dass steigende Sozialbeiträge zunehmend auch zu einer hohen Belastung der Arbeitnehmereinkommen werden, kann nicht bestritten werden. Darauf kann aber nicht mit Sozialabbau bis zur allgemeinen Demontage des Sozialstaats und der Privatisierung der großen Lebensrisiken geantwortet werden, sondern durch Verbreiterung der Finanzierungsbasis (Beitragsbemessungsgrenzen, Bürgerversicherung, Einbeziehung von Vermögenseinkommen)

und durch ergänzende Steuerfinanzierung (allerdings im Rahmen eines sozial gerechteren Steuersystems).

Die beste Politik zur Erhaltung und zum Ausbau des Sozialstaats ist eine Wirtschafts- und Finanzpolitik, in deren Mittelpunkt die Bekämpfung der Erwerbslosigkeit steht.

.....und überhaupt: **„Wir leben über unsere Verhältnisse“**

Diese Aussage ist bewusst demagogisch und vieldeutig. Außerdem: wer ist eigentlich "wir"?

- ◆ Sie ist richtig, wenn der nationale und weltweite Umgang mit Umwelt und Klima oder die Ausbeutung der Länder der "Dritten Welt" zugunsten der kapitalistischen Industriestaaten gemeint ist
- ◆ Sie ist falsch, was die Lebensverhältnisse der großen Mehrheit der Bevölkerung, auch bei uns, angeht (s. o. zur Verteilungsfrage)
- ◆ und sie zeugt von ökonomischer Dummheit oder demagogischer Bosheit, was die Volkswirtschaft Deutschlands betrifft: "Die Deutschen haben im Vergleich zu dem, was sie einnehmen, noch nie so wenig ausgegeben wie im vergangenen Jahr: Die Leistungsbilanz, in der Ex- und Importe aller Waren, Dienst- und unentgeltlicher Leistungen gegenübergestellt werden, ergab einen Rekordüberschuss von 60 Mrd. €." (P. Bofinger, FR 21.08.03). Dies gilt heute in verstärktem Maße: Leistungsbilanzüberschuss 2005 112 Mrd. €, Prognose (DIW) für 2006 126 Mrd. €.

Noch mal Bofinger (a. a. O.): "Warum ist eine so doppeldeutige Aussage gefährlich? Sie erweckt in der Öffentlichkeit den fatalen Eindruck, dass wir uns kollektiv einschränken müssen, wenn wir die aktuellen wirtschaftlichen Probleme bewältigen wollen..... Wenn wir uns als Konsumenten gemeinsam bescheiden und noch mehr sparen, dann werden wir niemals aus der derzeitigen Stagnation herauskommen."

Und, so sollte man hinzufügen, die o. a. Parole wird in aller Regel von wohlbestallten, verbeamteten Professoren propagiert, die für ein diesbezügliches Gutachten Honorare einstreichen, die das durchschnittliche Jahreseinkommen von Arbeitnehmern übersteigen.

und als Letztes die Lüge mit der Demographie

Man erzählt uns immer wieder, dass es zu viele alte Menschen geben und die Gesellschaft immer älter wird und somit unser Sozialsystem nicht mehr bezahlbar sei. Deshalb fordert die Politik eine längere Lebensarbeitszeit und niedrigere Renten, um Beiträge zur Rentenversicherung zu begrenzen.

Es wird bis zum Jahr 2050 prognostiziert, dass die heutigen Erwerbstätigen zu sehr belastet werden und ihre Renten nicht mehr gesichert sind. Doch Prognosen bis zum Jahr 2050 sind das gleiche, als würde man im Kaffeesatz lesen: über einen so langen Zeitraum ist es praktisch unmöglich etwas halbwegs Vernünftiges vorher zu sagen und es ist keine handlungsrelevante Orientierung möglich (z. B. Vorhersagbarkeit der beiden Weltkriege, des Pillenknicks und der Migration u. a.).

Wesentliche Faktoren bei der Bevölkerungsentwicklung sind politisch beeinflussbar und zwar mit dem Mythos Demographie als Dramatisierung und zur Manipulation. Hiermit werden z. B. alte Menschen diskriminiert, Erwerbstätige diszipliniert und auch von Folgen der verfehlten aktuellen Wirtschafts- und Sozialpolitik abgelenkt:

- Produktivitätssteigerung: bei gleich bleibender Erwerbsquote und bisher üblicher Produktivitätssteigerung (ca. 1,8%/a) Verdopplung des „Wohlstands“ (Bruttoinlandsprodukt pro Kopf). Die Erwerbsquote bezeichnet einerseits den Anteil der Erwerbspersonen (das heißt Erwerbstätige plus Erwerbslose) an der Gesamtheit aller Personen im erwerbsfähigen Alter (vom 15. bis 64. Lebensjahr). Andererseits bezeichnet Erwerbsquote auch den Anteil aller Erwerbspersonen a) an der Gesamtheit der Wohnbevölkerung oder b) an der Wohnbevölkerung ab einem bestimmten Mindestalter (in der Regel 15 Jahre).

- Steigerung der Erwerbsquote von 69% 2002 auf 90% 2050 durch Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit und verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Unsere Sozialkassen sind leer. Es geben unbestreitbar Finanzierungsprobleme, vor allem Einnahmeprobleme wegen anhaltender Massenarbeitslosigkeit, zu niedrigen Löhnen und zu niedrigen Lohnzuwächsen durch die Überlegenheit der Arbeitgeber im Verteilungskampf. Zu wenige sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige und Senkung der staatlichen Zuschüsse sind weitere Gründe. Ohne einen Wandel zu einem gerechten Gemeinwesen wird sich auch nichts ändern.

Rentner leben auf Kosten der Jungen und Erwerbstätigen. Die jetzigen Rentner haben als Erwerbstätige die heutigen Jungen ernährt. Das Rentnereinkommen beläuft sich z. Z. auf nur 84% des Durchschnittseinkommens. Entscheidende Einkommensunterschiede geben es nicht zwischen sondern innerhalb der Generationen. Das heißt: Armut gibt es sowohl bei erwerbstätigen Jungen wie auch bei alten Rentnern.

Will man die zukünftige Belastung der erwerbsfähigen durch die Versorgung der nicht erwerbsfähigen Bevölkerung erfassen, dann muss zur Zahl der Alten (ab 60 J.) die Zahl der zu versorgenden Jugendlichen (bis 20 J.) addiert werden. Für den prognostisch überschaubaren Bereich bis 2020 zeigt sich dann keinerlei demographisch bedingtes Problem: Verhältnis von zu Versorgenden zu Erwerbsfähigen 2001 45%, 2010 44,3%, 2020 46,6%.

Zu geringe Geburtenrate – die Deutschen sterben aus. Es wird behauptet, das Deutschland die niedrigste Geburtenrate in der EU hat. Fakt ist, allein in der EU haben 10 Länder niedrigere Geburtenraten. Die niedrigsten Geburtenraten in Deutschland gab es im Zeitraum von 1950 – 1975, trotzdem war man zu der Zeit in der Lage das Sozialsystem auszubauen.

Land	Geburtenrate (2005)
EU27	1,51
Frankreich*	1,92
Irland	1,88
Ver. Königreich	1,80
Dänemark	1,80
Finnland	1,80
Schweden	1,77
Niederlande	1,73
Belgien	1,72
Luxemburg	1,70
Estland	1,50
Zypern	1,42
Österreich	1,41
Portugal	1,40
Malta	1,37
Spanien	1,34
Italien	1,34
Deutschland	1,34
Rumänien	1,32
Ungarn	1,32
Lettland	1,31
Bulgarien	1,31
Tschech. Republik	1,28
Griechenland	1,28
Litauen	1,27
Slowenien	1,26
Slowakei	1,25
Polen	1,24

Eine niedrigere Geburtenrate bedeutet neben Anderem eben auch geringere gesellschaftliche Kosten (Bildung, Infrastruktur, Kinderbetreuung etc.)

Daher kann man auch hier von einer „Kaffeersatz“ – Prognose reden, denn die Bevölkerungsentwicklung ist abhängig von der gesellschaftlichen Entwicklung, die politisch beeinflussbar ist.

Kostenexplosion im Gesundheitsbereich durch Überalterung? Die Kosten unseres Gesundheitssystems sind in den vergangenen Jahren nicht viel stärker gestiegen als das Bruttoinlandsprodukt, so z.B. die Ausgaben der gesetzlichen Krankenversicherung im Zeitraum von 1998-2005 um 20% bei einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 14%.

Studien zeigen, dass die Gesundheitskosten vor allem im letzten Lebensjahr gravierend ansteigen, unabhängig vom erreichten Lebensalter; die Ausgaben im letzten Lebensjahr sind bei den „alten Alten“ sogar niedriger als bei den „jungen Alten“, in Deutschland noch deutlicher als in den USA (Scitovsky 1989; Brockmann 2002)

Die Menschen werden durch verbesserte medizinische Vorbeugung und Betreuung gesünder alt.

Stichwort „Kompression“ der Morbidität im höheren Lebensalter: Das durchschnittliche Alter des Auftretens der häufigsten chronischen Erkrankungen ist über eine 80-Jahres-Periode hinweg um 10 Jahre gestiegen. Dies gilt allerdings nicht für die Angehörigen der Unterschicht - ein bemerkenswerter Anteil der sog. altersbedingten „Morbiditätslast“ geht also auf das Konto der sozialen Ungleichheit.

Nach einer Studie für 20 OECD-Länder (Marmor 2001) liegen z.B. Schweden und Norwegen bei den Gesundheitsausgabenquoten an 13. bzw. 19.Stelle, obwohl sie die „ungünstigsten“ Altersquotienten aufweisen: umgekehrt haben die USA mit einer niedrigen Altenquote (15.Stelle) die mit Abstand höchste Ausgabenquote.

Auch in den OECD-Statistiken findet sich nicht der kleinste Hinweis auf einen statistischen Zusammenhang zwischen Altersstruktur und Gesundheitsausgaben.

Was schließen wir daraus?

Es ist zu befürchten, dass die pervers hohen Gewinne in Industrie und Finanzwelt eine wirkliche Lösung noch längere Zeit verhindern werden. Zu dieser Verhinderung trägt auch bei, wenn diverse Gruppierungen sich auf wenig sinnvolle soziale „Nebenkriegsschauplätze“ abdrängen lassen.

Man muss ernsthaft bezweifeln, ob die oben aufgeführten Fakten Zufall sind. Wir haben in diesem Land gewaltige soziale und innenpolitische Probleme:

Ca. 7-8 Millionen Erwerbslose, eine Rekordverschuldung der öffentlichen Haushalte von über 1,5 Billionen €, ein kurz vor dem Zusammenbruch befindliches Sozialversicherungssystem, seit 20 Jahren stagnierende real - netto Erwerbseinkommen bei gleichzeitig explodierenden Gewinnen der Konzerne und der Kapitalhalter, eine kaum handlungsfähige Regierung der „Großen Koalition“ usw.

Da liegt gewaltiger sozialer Sprengstoff darin, nur der ausgeprägte Phlegmatismus des Deutschen Michel hat das offene Ausbrechen sozialer Spannungen bisher verhindert.

Früher hätte ein Staat in so einer angespannten Lage irgendwo einen Krieg begonnen um die darbende Bevölkerung gegen den äußeren Feind zu vereinen, so wie Hitler das getan hat und zuletzt Bush im Irak.

Und nun noch mehr Polemik:

Die Bundesregierung ist offensichtlich unfähig die bestehenden sozialen und innenpolitischen Probleme zu lösen, ja deren Lösung auch nur ansatzweise anzugehen. Ein Krieg ist offenbar nicht opportun, unsere Bundeswehr in ihrem derzeitigen Zustand auch wohl nicht fähig einen solchen zu

führen. Was liegt also näher als die Leute mit irgendwelchem Spielkram und Lügen von den tatsächlichen Problemen abzulenken?

Da wird ein Handyverbot am Steuer erlassen, ein Rauchverbot am Steuer ins Gespräch gebracht, ein Rauchverbot in allen öffentlichen Gebäuden erlassen, was bekannter Weise voll in die Hose ging. (man kann doch niemanden erklären das diese Pappnasen im Bundestag nicht schon vorher gewusst hätten das sie dafür gar nicht zuständig sind), wochenlang über ein Rauchverbot in Gaststätten diskutiert, über eine angeblich drohende Klimakatastrophe fabuliert, über die CO²-Belastung durch Pkw diskutiert, wir bekommen grüne, gelbe oder rote Plaketten zum spielen, neuerdings versucht man uns ein schlechtes Gewissen einzureden wenn wir, nach einem Jahr harter Arbeit, auch mal „völlig nutzlos“ in den Urlaub fliegen wollen. Mal sehen welche Sau als nächstes durchs Dorf getrieben wird.

**Man muss das Ganze als eine riesengroße Verarsche sehen
mit der wir nur von den tatsächlich existierenden Problemen abgelenkt werden sollen.**

Und die ganzen roten und grünen Sozialapostel, die in dieses Katastrophengeschrei einstimmen, sind nur die nützlichen „Idi...“ die der bankrotten Bundesregierung dabei helfen von den eigentlichen Problemen abzulenken um weiter an der Macht zu bleiben.

Quellen:

Aus einer Abhandlung von Dr. Helmut Pfister,
Zitat aus einer Email von Wolfgang Zerulla

Norbert Backus